

### ***Blick über die Grenzen – Beispiel Österreich***

Von Michael Wimmer

Als ich die Einladung erhielt, einen Beitrag zu den gegenwärtigen Trends zugunsten konzeptgestützter und planvoller Kulturpolitik aus österreichischer Sicht beizusteuern, war ich in Versuchung, mit der Übermittlung einiger leerer Seiten zu antworten. Die Kraft einer solchen Symbolik wurde auch nicht schwächer nach Rückfrage bei einem Spitzenbeamten des österreichischen Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, der auch nach insistierendem Nachfragen meinerseits keinerlei Belege für eine konzeptiv ausgerichtete Kulturpolitik beizubringen vermochte.

Wenn ich nunmehr doch die Herausforderung annehme, die ursprünglich leeren Seiten mit Text zu füllen, dann tue ich es in erster Linie mit der Absicht, Gründe dafür zu benennen, warum es gerade in einem besonders kulturrainen Kontext – immerhin wird Österreich mit seiner herausragenden infrastrukturellen Ausstattung gerne als kulturstaatlicher Ausnahmefall hochstilisiert – besonders schwer fällt, eine kulturpolitisch gestalterische Handschrift zu entwickeln.

Es ist ja nicht so, dass keine diesbezüglichen Versuche unternommen worden wären. Der letzte liegt freilich schon 15 Jahre zurück und wurde vom damaligen sozialdemokratischen Bundeskanzler Viktor Klima, der zuvor als „Kunstkanzler“ Kunst und ihre kulturpolitische Behandlung sogar zur Chefsache erklärt hatte, initiiert. Dazu lud er eine Reihe von ExpertInnen zu einem breiter angelegten Beratungsprozess ein, dessen Ergebnisse in Form eines „Weißbuches – Zur Reform der Kulturpolitik in Österreich“<sup>1</sup> veröffentlicht wurden. Freilich gerieten diese bereits wenige Monate später angesichts geänderter politischer Mehrheiten in Vergessenheit.

Wenn sich für die folgenden, von konservativ-rechtspopulistisch geprägten Regierungen ab dem Beginn der 2000er Jahre ein spezifisches kulturpolitisches Konzept ausmachen lässt, so hat dies der damalige Parlamentspräsident Andreas Khol in seinem Buch „Die Wende ist geglückt“<sup>2</sup> so charakterisiert: Vorrangiges kulturpolitisches Anliegen sei „die Brechung der linken und grünen Kulturhegemonie“. Noch deutlicher wurde der führende Kopf der immer wieder hart am Rechtsextremismus vorbeischarmenden Freiheitlichen Partei Jörg Haider, der die Leitlinien für die Kulturpolitik so formulierte: „Die Hand, die füttert, beißt man nicht“<sup>3</sup>.

Mit der Wiederauflage einer sozialdemokratisch-konservativen Koalition im Jahr 2006 lebten die Hoffnungen auf ein Ende unmittelbar politischer Instrumentalisierungsversuche wieder auf, die zuvor darauf gerichtet waren, den Kulturbetrieb für die Legitimation des eigenen Regierungsanspruchs zu instrumentalisieren, zugleich von politischen Kritikern zu säubern und so auf Linie zu

---

<sup>1</sup> Republik Österreich (1999): Weissbuch – Zur Reform der Kulturpolitik in Österreich, Wien

<sup>2</sup> Khol, Andreas (2001): Die Wende ist geglückt. Der schwarz-blaue Marsch durch die Wüste Gobi, Wien

<sup>3</sup> Austria Presse Agentur anlässlich einer Aschermittwoch-Rede in Braunau im Jahr 2000 von Jörg Haider

bringen. Nach ihrem zweiten Anlauf 2008 zur Bildung eines Regierungsbündnisses versuchte die rot-schwarze Bundesregierung der breiten Erwartung des Kultursektors auf Erneuerung zu entsprechen, in dem sie sich für den „Erhalt und Ausbau der kulturellen Vielfalt und eines offenen kulturellen Klimas“<sup>4</sup> aussprach und einen „offenen Dialog mit Kunst- und Kulturschaffenden“ in Aussicht stellte, freilich ohne dabei noch einmal die Hoffnung auf so etwas wie eine „linke kulturelle Hegemonie“ aufkommen zu lassen

Der aus dem Bankenbereich kommenden neuen Bundesministerin Claudia Schmied, die seitens der Sozialdemokratie in die Regierung entsandt wurde und erstmals die Zuständigkeiten für Unterricht, Kunst und Kultur auf sich vereinte, traute man einen durchaus konzeptiven Zugang zu Fragen der Kulturpolitik zu. Mit der Forderung nach stärker auf „evidence“ basierenden Entscheidungsprozessen tat sie das Ihre, diesen zu untermauern. Sie repräsentierte damit eine kurzzeitige Aufbruchsstimmung, die sich in einer Reihe programmatischer Reden äußerte, etwa zur Eröffnung der großen Sommerfestivals, deren Botschaften darauf hinausliefen, das bislang bestenfalls randständige Politikfeld und mit ihm Künstlerinnen und Künstler künftig wieder stärker ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken zu wollen. In mehreren informellen Beratungsrunden – an denen der Autor Gelegenheit hatte teilzunehmen – kristallisierte sich bald der Aspekt der „Kunst- und Kulturvermittlung“ als vorrangiges kulturpolitisches Thema heraus, für das ein Kultur- und Bildungspolitik gleichermaßen umfassendes Gesamtkonzept geschaffen werden sollte<sup>5</sup>.

Aber bereits anlässlich der Nationalratswahlen 2008 mehrten sich enttäuschte Stimmen aus dem Kulturbereich, die auf die wachsende Kluft zwischen programmatischen Bekundungen einerseits und dem Mangel an konkreten Maßnahmen andererseits hinwiesen. So kritisierte die IG Kultur als Interessensvertretung der freien Kulturinitiativen die Konzentration des Ressorts auf bildungspolitische Fragen während Kulturpolitik zunehmend aus dem öffentlichen Blick zu rücken drohe. Ihre Analyse anlässlich der Fortsetzung der rot-schwarzen Regierung: „Die Ausgangslage für emanzipatorische, politische Kulturpolitik waren und sind nicht rosig: Kunst- und Kulturpolitik wurde im hierfür geschaffenen Ministerium bislang leider stiefmütterlich behandelt und auf Fragen der Vermittlung auf schulischer Ebene reduziert. Gegen Kunst und Kultur im Bildungsbereich an sich ist nichts zu sagen, aber als einzige Schwerpunktsetzung neben der Versorgung der Hochkultur fällt die bisherige Bilanz von Ministerin Claudia Schmied sehr mager aus“<sup>6</sup>

An dieser skeptischen Grundeinschätzung hat sich seither nur mehr wenig geändert; allenthalben hat sich die Frustration über das Fehlen von kulturpolitischen Konzepten jedenfalls auf Bundesebene weiter verschärft. So heißt es in einer Kritik des Kunstberichts 2011: „Musealisierung geht weiter – Die oftmals angekündigte kulturpolitische Wende in Richtung zeitgenössisches, dezentrales Kulturschaffen lässt auf sich warten“<sup>7</sup>.

---

<sup>4</sup> Republik Österreich (2008): Regierungsübereinkommen

<sup>5</sup> EDUCULT wurde in diesem Zusammenhang beauftragt, eine erstmalige Gesamtanalyse kultureller Bildung in Österreich durchzuführen, die auf eine Reihe von Empfehlungen zur nachhaltigen Implementierung eines diesbezüglichen kultur- und bildungspolitischen Schwerpunktes hinauslief. Siehe dazu: EDUCULT (2007): Vielfalt und Kooperationen – Kulturelle Bildung in Österreich, Wien, downloadbar unter: <http://www.bmukk.gv.at/kultur/bm/kulturellebildung.xml>)

<sup>6</sup> <http://igkultur.at/kulturpolitik/kommentare/die-regierung-wechselt-..>

<sup>7</sup> [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20120628\\_OTS0130/ig-kultur-oesterreich-zum-kunstbericht-2011-musealisierung-geht-weiter](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120628_OTS0130/ig-kultur-oesterreich-zum-kunstbericht-2011-musealisierung-geht-weiter)

Um nochmals eine breitere öffentliche kulturpolitischen Debatte in Gang zu setzen, hat die IG Kultur zuletzt eine Kommentarreihe „Alternativen zum Verlust der Kulturpolitik“<sup>8</sup> ins Leben gerufen. Daran hat sich unter dem Titel „Künstlerisches Schaffen und intellektuelle Kritik sind Motor für gesellschaftliche Entwicklung“<sup>9</sup> auch die amtierende Kunst- und Kulturministerin beteiligt, wobei sie zu einzelnen Punkten des Regierungsprogramms und vor allem zu ihrem Erfolg, im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern „ihren“ Haushalt für Kunst- und Kultur weitgehend stabil zu halten, Stellung genommen hat.

Womit wir möglicher Weise bei einem der Gründe für das Fehlen eines auf strukturelle Änderungen abzielenden Zugangs zu Fragen der Kulturpolitik wären. Immerhin hat die zumindest nominelle Fortschreibung der Bundeskunst- und Kulturbudgets in der Höhe von Euro 450 Mio. (0,6% des Bundesbudgets) bislang eine offensive Umverteilungsdebatte nicht aufkommen lassen. Dies obwohl allein wegen der Gehaltsautomatik immer mehr Mittel an einige wenige große Kunst- und Kultureinrichtungen gehen während freie Initiativen immer schwierigere Realisierungsbedingungen vorfinden.

In dem Zusammenhang zeigt ein Blick in die jüngere Vergangenheit, das konzeptive Ansprüche in Österreich stets von einem starken politischen Willen nach Umverteilung gespeist waren, etwa wenn es in den 1970er Jahren darum ging, neue Schichten der Bevölkerung am kulturellen Leben zu beteiligen und dafür ein Bündel an ressourcenrelevanten kulturpolitischen Maßnahmen zu implementieren<sup>10</sup>. Ein solcher politischer Wille lässt sich gegenwärtig seitens der offiziellen Kulturpolitik nicht festmachen<sup>11</sup>. Stattdessen meinte die amtierende Kulturministerin anlässlich der Eröffnung der Salzburger Festspiele 2012, sie halte nichts von einem Gegeneinanderauspielen von Altem und Neuem. Es gälte, kulturpolitisch einen „Spagat zwischen Tradition und Zukunft“ zu vollführen, der durch die Aufgabe charakterisiert würde „zu bewahren und zugleich fortzuschreiben“<sup>12</sup>.

Angesichts der ungebrochen ungleichen Budgetverteilung zwischen Traditionspflege und Förderung von Gegenwartskunst<sup>13</sup> kann diese Aussage gerade in Salzburg als *dem* Zentrum traditioneller Kulturvorstellungen nur als ein Eingeständnis von höchster Stelle in die weitgehende Unveränderbarkeit der kulturpolitischen Gesamtverfassung interpretiert werden.

An anderer Stelle<sup>14</sup> habe ich versucht, die Besonderheit der österreichischen Kulturpolitik auf die Existenz einiger weniger, weitgehend selbstreferenziell agierender Kunst- und Kultureinrichtungen zurück zu führen. Auf Grund ihrer

---

<sup>8</sup> <http://igkultur.at/medien/presse>

<sup>9</sup> <http://igkultur.at/kulturpolitik/kommentare/kuenstlerisches-schaffen-und-intellektuelle-kritik>

<sup>10</sup> Bundesministerium für Unterricht und Kunst (Hg.) (1975): Kunstbericht 1975, Wien S 34 - 38

<sup>11</sup> Diesbezügliche Kritik wird bislang ausschließlich von Seiten der kulturpolitisch schwachen Interessensvertretungen und den Grünen geäußert. Sie dazu etwa das Interview des grünen Kultursprechers Wolfgang Zinggl mit APA:

[http://science.apa.at/ApaScience/natur\\_und\\_technik/detail?ch=similar&key=SCI\\_20120316\\_SCI0077](http://science.apa.at/ApaScience/natur_und_technik/detail?ch=similar&key=SCI_20120316_SCI0077)

<sup>12</sup> [http://www.bmukk.gv.at/ministerium/ministerin/reden/salzburg\\_2012.xml](http://www.bmukk.gv.at/ministerium/ministerin/reden/salzburg_2012.xml)

<sup>13</sup> Von den rund 450 Mio. Euro, die der Bund jährlich für Kunst und Kultur vergibt, fließen nur rund 85 Mio. in das Budget der Kunstabteilung; rund 5 Mio. davon gehen in die Förderung neuer, zeitgenössischer Kulturinitiativen)

<sup>14</sup> Wimmer, Michael (2011): Kultur und Demokratie – Kulturpolitik in Österreich, Innsbruck

historisch gewachsenen Bedeutung bestimmen im wesentlichen nicht die politisch Verantwortlichen sondern die institutionellen Repräsentanten zunehmend in Konkurrenz zueinander, was kulturpolitisch der Fall ist und was nicht. Von den Entscheidungen über das führende Personal abgesehen, entziehen sich damit die großen Kultureinrichtungen allen kulturpolitischen Interventionsversuchen und machen auf diese Weise eine auf den Kopf gestellte kulturpolitische Entscheidungshierarchie deutlich.

Dies mag einen weiteren Grund für einen mangelnden kulturpolitischen Konzeptionswillen darstellen. Zu augenscheinlich ist allen Beteiligten die Befürchtung, diesbezügliche Gestaltungsabsichten könnten an den Mauern des bestehenden Kulturbetriebs zerschellen.

Deshalb erscheint es durchaus ambitioniert, wenn die amtierende Bundesministerin trotz dieser einseitigen Abhängigkeit versucht, mit den seit den frühen 2000er Jahren in die Vollrechtsfähigkeit entlassenen Einrichtungen ein neues Verständnis von „public governance“ zu verhandeln und bei der Gelegenheit ein neues Regelwerk vor allem zu den rechtlichen und wirtschaftlichen Verantwortlichkeiten zu verankern. Inhaltlich ist ihr dabei der Vermittlungsaspekt ein besonderes Anliegen, der – wenn auch soziologisch auf Grund eines geänderten Kulturverhaltens weiter Teile der Bevölkerung auf wackeligen Füßen – sukzessive in den Geschäftsordnungen bzw. in den Rahmenzielvereinbarungen der Bundesmuseen bzw. der Nationalbibliothek integriert werden konnte. Das gilt auch für die Geschäftsordnungen der Bundestheater bzw. für das neue Statut des Bundesdenkmalamtes, in die der Aufgabenbereich des Vermittelns aufgenommen wurde.

Bei dieser kulturpolitischen Schwerpunktsetzung droht freilich der freie Bereich aus dem Blick der kulturpolitischen Aufmerksamkeit zu geraten. Er muss sich mit gutgemeinten Sonntagsreden zu seiner großen Bedeutung begnügen, während sich die konkreten Maßnahmen auf wenig ambitionierte Initiativen im Bereich der Nachwuchsförderung, von Preisverleihungen und der Entsendung zu internationalen Festivals beschränken. Statt einer Weiterentwicklung der Förderstrukturen des Bundes auf der Grundlage der gegenwärtigen Herausforderungen werden sie auf die bislang noch ungenügend genutzten Fördermaßnahmen im Rahmen der Regionalfonds der EU verwiesen, zu deren Nutzbarkeit für den Kulturbereich das Bundesministerium jüngst eine Studie hat anfertigen lassen<sup>15</sup>.

Daraus alldem lässt sich kein stringentes kulturpolitisches Konzept, wohl aber eine kulturpolitische Absicht herauslesen, die darin besteht, vor allem die großen Kulturtanker für neue Zielgruppen zu öffnen. Dieser Absicht dient auch der freie Eintritt für junge Menschen bis 19 Jahren in die Bundesmuseen und die Nationalbibliothek (dem Jahre lange zähe Verhandlungen zur Kompensation der ausfallenden Erträge mit den betroffenen Einrichtungen vorausgegangen waren) sowie die Organisation spezieller Vermittlungsprogramme, die die Absicht verbindet, die Zusammenarbeit der Kultureinrichtungen mit Schulen zu verbessern. Als Ziel formuliert dazu die amtierende Bundesministerin, dass bis zu den nächsten Nationalratswahlen 2013 alle Schulen eine Kooperation mit einer Kunst- oder Kultureinrichtungen eingegangen haben sollen<sup>16</sup>.

---

<sup>15</sup> Österreichische Kulturdocumentation (hg.) (2011): Der Kreativmotor für regionale Entwicklung. Kunst- und Kulturprojekte und die EU-Strukturförderung in Österreich

<sup>16</sup> <http://www.culture-connected.at/die-initiative/bundesministerin-dr-claudia-schmied/>

Die angesprochenen Bemühungen, den kulturpolitischen Primat im traditionellen Kulturbetrieb zumindest ansatzweise wieder herzustellen, können nicht darüber hinweg täuschen, dass sich im föderal verfassten Österreich zuletzt die kulturpolitischen Kräfteverhältnisse nachhaltig in Richtung Länder und Gemeinden verschoben haben. Galt der Bund noch bis in den 1980er Jahre als Vorreiter kulturpolitischer Entwicklungen, so haben – auch auf Grund der weitgehenden Konzeptlosigkeit – mittlerweile die anderen Gebietskörperschaften die Initiative ergriffen.<sup>17</sup>

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die oberösterreichische Landeshauptstadt Linz, die zur Vorbereitung als Europäische Kulturhauptstadt 2009 bereits zu Beginn der 2000er Jahre ein, auf breite Partizipation angelegtes Verfahren zur Entwicklung eines Kulturentwicklungsplans in Gang gesetzt hat. Weil die Stadt mit dieser Form der BürgerInnenbeteiligung ganz offensichtlich gute Erfahrungen gemacht hat, sich aber in der Zwischenzeit die Rahmenbedingungen nachhaltig geändert haben, hat man sich nunmehr zu einer Neuauflage entschlossen. Der Prozess ist im Gange und kann unter <http://kep.public1.linz.at/> mit verfolgt werden.

Nicht ganz so ambitioniert hat sich bislang die Bundeshauptstadt Wien gezeigt, in der sich weite Teile der österreichischen kulturellen Infrastruktur befinden. Rechtzeitig vor den letzten Gemeinderatswahlen hat der zuständige Kulturstadtrat Mailath-Pokorny unter dem Titel „Wien denkt weiter“<sup>18</sup> eine öffentliche Diskussion zu Fragen der Wiener Kulturpolitik ins Leben gerufen. Bald nach den Wahlen hat die Initiative – die bislang weitgehend konsequenzlos agiert hat – rasch an Dynamik eingebüßt und erschöpft sich mittlerweile in gelegentlichen Stellungnahmen des Kulturstadtrats. Stattdessen hat die seither in der Stadt regierende rot-grüne Koalition zu einer neuen kulturpolitischen Dynamik geführt, wobei vor allem die Grünen auf Grund der zunehmend heterogenen Zusammensetzung der Wiener Bevölkerung auf eine engere Zusammenschau von Integrations- und Kulturpolitik drängen.

Unmittelbar zu Redaktionsschluss hat die amtierende Kunst- und Kulturministerin in einer Presseaussendung einen Mehrbedarf an öffentlichen Mittel für Kunst und Kultur angemeldet<sup>19</sup> und zugleich eingeschränkt, dass sie damit den anstehenden Verhandlungen mit dem Finanzministerium nicht vorgreifen möchte. Vielleicht macht es ja Sinn, bei einer nächsten Behandlung der konzeptionellen Grundlagen österreichischer Kulturpolitik zuerst einmal im Finanzministerium vorstellig zu werden.

---

<sup>17</sup> Dies beinhaltet durchaus auch negative Aspekte, wenn zuletzt das Bundesland Steiermark sein Kulturbudget um durchschnittlich 25% gekürzt hat, wobei nicht nur die freien Initiativen sondern auch die großen Einrichtungen betroffen sind. Siehe dazu etwa:

<http://derstandard.at/1297820598838/Steiermark-Einsparungen-beim-Kulturbudget>

<sup>18</sup> <http://wien-denkt-weiter.at/>

<sup>19</sup> <http://derstandard.at/1345165221565/Schmied-ortet-Bedarf-nach-mehr-Mitteln-fuer-Kultur>